Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Boden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7gespaltene Kompaktzeile 50 Pf., Familienanzeigen 70 Pf., die 3gespaltene Reklamezeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Annahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 265a | Dresden, Sonntag den 16. November 1919 | 30. Jahrg.

Das schwarze Gespenst

Berlin, 15. November. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

In der Kohlenversorgung ist eine schwerwiegende Entscheidung getroffen worden. Trotz allen Bemühungen, die Vorräte der Eisenbahn an Dienstkohle zu erhöhen, brachten die letzten Wochen weitere Verminderungen der Bestände. Einzelne Eisenbahndirektionen haben kaum noch für drei Tage Vorräte. Im Durchschnitt sinkt der Vorrat in jeder Woche um einen Tagesverbrauch. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise nur noch ein ganz unwirtschaftlicher Betrieb führen läßt, muß dieser Zustand unfehlbar zum Zusammenbruch führen. Bricht aber der Eisenbahnverkehr zusammen, so hört auch die allgemeine Kohlen- und Lebensmittelversorgung auf.

Vor dieser fundamentalen Gefahr muß in diesem Augenblick alles andre zurücktreten. Um ihr zu begegnen, haben sich die verantwortlichen Stellen zu einem Gewaltmittel entschlossen. Die Eisenbahnen werden in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden, bis sie wieder einige Vorräte haben. Es wird versucht, die lebensmittelwichtigen Betriebe herunter möglichst wenig leiden zu lassen. Die übrigen Verbraucher, die Industrie, insbesondre die Großeisenindustrie und der Hausbrand, werden stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Schwere Schäden werden im Gefolge dieser Maßnahme nicht ausbleiben. Sie sämtlich zu vermeiden, ist aber bei der jetzigen Lage nicht mehr möglich. Im Augenblick müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die schwerste Gefahr, den Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes, abzuwenden, ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch an anderen Stellen entstehen kann. Ist diese Hauptgefahr behoben, so können wir hoffen, auch der anderen Gefahren Herr zu werden und den inzwischen anderwärts entstandenen Schaden wieder gutzumachen.

Berlin, 15. November. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimkehrertransport aus Aegypten ist gestern mit dem Dampfer Guldjemal in Brunsbüttelkoog angekommen. An Bord befanden sich 228 Offiziere, und zwar 85 von der Armee, 8 von der Marine, 113 von der ostafrikanischen Schutztruppe und 22 Sanitätsoffiziere. Unter den Mannschaften, die Guldjemal mitbrachte, sind 157 von der Armee, 215 von der Marine, 306 von der ostafrikanischen Schutztruppe und 55 Mann Sanitätspersonal. Außerdem sind mit der Guldjemal 192 Zivilinternierte zurückgekehrt. Der Dampfer Christian Rehe, mit dem zweiten Heimkehrertransport aus Aegypten ist am 19. November auf der Elbe zu erwarten.

Berlin, 15. November. Gegenüber entgegengesetzten Mitteilungen in der Presse führt eine ausführliche Erklärung von zuständiger Seite aus, daß Deutschland bereit sei, im Rahmen des Möglichen seine Verpflichtungen gegenüber seinen Gegnern zu erfüllen, und daß die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen durch die Haltung Deutschlands in der Wiedergutmachung nicht mitverschuldet sei.

Die Rechte rührt sich

In Berlin hatte die „Liga für den Völkerbund" für Freitag eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Erzberger und Göhre, Leipzig, reden sollten. Von Deutschnationalen wurde der Saal gestürmt, durch die Polizei geräumt, wieder gestürmt, und nach vergeblichen Versuchen der vorgesehenen Redner, zu Wort zu kommen, schwang sich der Deutschnationale Lawerenz aufs Pult und hielt eine donnernde Philippika gegen „Erzberger, den Reichsverderber". Man sang Deutschland, Deutschland über alles, bis die Sicherheitswehr zur Auflösung der Versammlung schritt. Draußen bildete sich rasch ein Demonstrationszug, der, von Sicherheitstruppen gesprengt, sich wieder vereinigte und nach der Wilhelmstraße, der Reichskanzlei, zustrebte. Nachdem die Menge ihrem Empfinden durch Heil dir im Siegerkranz Luft gemacht hatte, zerstreute sie sich, Haßgefühle im Busen.

Die Berliner Reaktionäre rühren sich. Hindenburgs und Ludendorffs Aufenthalt in der Reichshauptstadt ist ihnen ein willkommener Anlaß zu allerlei Kundgebungen, zu denen sie sogar die Schuljugend entbieten. Der Vorwärts ruft infolgedessen für Sonntag Berlins Arbeiterschaft zu Gegendemonstrationen für Republik und Demokratie auf. Die Polizei- und Schulbehörden, so schreibt das Blatt, scheinen zu schlafen, um sie aufzuwecken, müsse das Volk in Massen erscheinen.

Der Feind steht rechts! Wer es jetzt noch nicht wahrnimmt, muß blind und taub sein. Und nicht bloß für Berlin gilt die Parole: Arbeiter hütet euch vor den Reaktionären. Eine Meldung aus dem Baltikum, die der Begleiter der Entente-Kommission Hofmann erhalten hat, gibt zu den größten Befürchtungen für Ostpreußen Anlaß. In dieser Meldung heißt es, daß der Führer der russischen Westarmee, Awaloff-Bermondt, nun ihm der Boden in Kurland zu heiß wird, sich mit seiner ganzen Truppe vorgestern nacht dem Befehl Eberhardts unterstellt habe und somit wohl nach Deutschland geschafft zu werden hofft. Wenn diese von reaktionären Offizieren geführte Truppe geschlossen die Grenze überschreitet und sich in Ostpreußen festsetzt, so erleben wir vielleicht, daß diese Provinz zur deutschen Vendée, zum Heerde eines monarchischen Bürgerkrieges wird. Wir richten an die Regierung die dringende Aufforderung, diesmal rechtzeitig das Uebel im Keime zu ersticken. Caveant consules! Die leitenden Männer müssen jetzt rasch und rücksichtslos zugreifen, sonst wächst die Gefahr von rechts ihnen über den Kopf und Deutschland erlebt doch noch die verheißenen „herrlichen Zeiten", von denen die Diktatur Ludendorffs zur Zeit des Krieges uns ja bereits einen so lieblichen Vorgeschmack gegeben hat.

*

Die Flucht aus dem Baltikum

Berlin, 15. November. Mit Rücksicht auf die in der Nähe Mitaus stattfindenden Kämpfe ist der größere Teil des Personals der deutschen Vertretung von Mitau nach Deutschland abgefahren. Der deutsche Vertreter Konsul Schmidt wird in Mitau zurückbleiben. Die in Aussicht genommene Einschränkung der deutschen Vertretung in Kowno ist gleichzeitig durchgeführt worden.

Der Hindenburgrummel

Berlin, 15. November. Aus dem Kultusministerium wird amtlich mitgeteilt:

So sehr der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Gefühle versteht und würdigt, die große Teile der deutschen Jugend in Liebe und Verehrung zum Feldmarschall von Hindenburg aufblicken lassen, so wenig ist er gewillt, zu dulden, daß diese schönen und berechtigten Gefühle von politischen Drahtziehern mißbraucht werden für die Zwecke parteipolitischer, gegen den Bestand der neuen Staatsordnung gerichteter Kundgebungen. Der Minister hat deshalb die strengste Anordnung getroffen, um zu verhindern, daß fernerhin die Schuljugend in derartige Demonstrationen hineingezogen wird. Es ist unbedingt untersagt worden, ohne Zustimmung der vorgesetzten Behörde zum Zwecke der Beteiligung an Straßenkundgebungen den Unterricht ganz oder teilweise ausfallen zu lassen. Die Leiter der an den bisherigen Kundgebungen vorzugsweise beteiligten Lehranstalten sind bereits amtlich vernommen worden. Ueber das Ergebnis der Untersuchung wird die Oeffentlichkeit zu gegebener Zeit unterrichtet werden. Der Minister richtet an alle Schulleiter, Lehrer und Eltern den dringenden Appell, ihn in seinem Bestreben, die Politik aus der Schule fernzuhalten, zu unterstützen. Von diesem Bestreben wurde seine Anordnung diktiert, am 9. November von allgemeinen Schulfeiern abzusehen. Dem gleichen Bestreben gilt auch sein Eintreten gegen die parteipolitischen Hindenburgkundgebungen dieser Tage.

In der preußischen Landesversammlung führte der Ministerpräsident Hirsch in längerer Rede über das Verhältnis der Regierung zu den Oppositionsparteien aus, daß die Kundgebungen für Hindenburg in Wirklichkeit Kundgebungen gegen die Regierung und für die Wiederherstellung der Monarchie seien. Die Regierung werde gegen die Direktoren der Lehranstalten vorgehen, welche die Kundgebungen gegen die Regierung veranlaßt hätten. Die Deutschnationalen täten genau dasselbe, was sie früher der Sozialdemokratie vorwarfen. Die Vereinigung der drei großen Parteien stelle die überwiegende Mehrheit des Volkes dar. Jeder Versuch der äußersten Linken, die Herrschaft an sich zu reißen, würde an der Unfähigkeit ihrer Führer zu jeder Realpolitik scheitern. Anderseits würden die gewaltigen Massen des Volkes gegen das Wiederaufzwingen eines reaktionären monarchischen Regimes verbittert werden. Die Politik der Deutschnationalen sei höchstens staats- und volksfeindlich. Systematisch werde von der ganzen rechtsstehenden Presse gegen die Juden eine so gewitterschwüle Atmosphäre erzeugt, daß sie notwendig einmal zur Entladung führen müsse.

Die Blätter bringen eine Kundgebung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, in der er der Berliner Bevölkerung für die Aeußerungen persönlicher Ehrung dankt und bittet, mit Rücksicht auf den bestehenden Belagerungszustand von weiteren Kundgebungen abzusehen, die den Verkehr und die öffentliche Ordnung erschweren könnten.

Ein deutscher Triumph

Ueber die Verteilung der Nobelpreise durch die Stockholmer Akademie der Wissenschaften wird bekannt:

Den Preis für 1918 in Physik erhielt Universitätsprofessor Planck-Berlin für Verdienste um die Entwicklung der Physik durch seine Erfindung Elementarquanta, den Preis für 1919 in Physik der Universitätsprofessor Stark-Greifswald für seine Erfindung der Doppelwirkungen bei den Kanalstrahlen und Teilung der Spektrallinien in elektrischen Feldern, den Preis für 1918 in Chemie der Professor F. Haber-Berlin für die Synthese „Ammoniak und dessen Element".

Die rumänischen Wahlen

Versailles, 15. November. Nach Meldungen aus Bukarest haben die Wahlen im alten Rumänien ergeben für die Partei Bratianus 102 Sitze, für die Bauernpartei 55, für die Nationalisten 18, für die liberalen Dissidenten 5, für die Partei Averescu 6, für die Partei Take Jonescu 1, für die Partei Marghiloman 13, für die Unabhängigen 10, für die Sozialisten 3, für die Arbeiterpartei 1, für die demokratische Union 3 Sitze. 20 Ergebnisse, darunter das von Bukarest, stehen noch aus.

Dem Abgrunde zu?

Aus den Kreisen besorgter Gewerkschafter wird uns geschrieben:

Das Ergebnis des letzten Verbandstages der größten deutschen gewerkschaftlichen Organisation läßt unzweifelhaft erkennen, daß der Metallarbeiterverband an einem wenig erfreulichen Wendepunkt angelangt ist. Die Anhänger der Unabhängigen haben ja schon wiederholt die Gewerkschaftsbewegung in ihre Hände bekommen, weniger wohl deshalb, um der Bewegung einen neuen Impuls oder eine neue Richtung zu geben, als vielmehr deshalb, um über die Mittel der Gewerkschaft verfügen zu können. Ihre Auffassung ist offenes Geheimnis, daß sie politisch keine Rolle zu spielen in der Lage sind, solange sie nicht den Resonanzboden der Gewerkschaft haben. Unter Anwendung des Terrors ist es ihnen nunmehr gelungen, den Vorstand der größten gewerkschaftlichen Organisation in ausschlaggebender Weise zu besetzen. Die Folgen werden, insoweit sie sich nicht schon jetzt gezeigt haben, sehr bald eintreten.

Ein Prüfstein für die Taktik dieser Richtung ist der Streik der Metallarbeiter Berlins. Obwohl über die wirtschaftlichen Forderungen Einigung erzielt worden war, verschob man die ganze Angelegenheit auf das politische Gebiet, um weiterstreiken zu können und vielleicht auf diese Weise vom 7. bis 9. November zu einem Generalstreik zu gelangen. Die Kosten dieses inzwischen denn auch zusammengebrochenen Streiks dürften sich aus den Mitteln des Verbandes auf zirka 20 Millionen Mark beziffern!! Da nach den Angaben auf dem letzten Verbandstag der Verband von seinem Vermögen zirka 12 Millionen festgelegt hat, werden ihm für die kommende Zeit nur noch zirka 8 bis 10 Millionen zur Verfügung stehen. Das heißt also: Noch ein ähnlicher Streik wie der Berliner und die Organisation steht mit leeren Händen da, ist also nicht mehr imstande, Kämpfe zu führen.

Der Verlauf des Berliner Streiks, zu dessen Führung eine 15gliedrige Kommission eingesetzt wurde, die nicht einmal fähig war, einen Dreimännerstreik zu leiten, viel weniger eine Bewegung von 160 000 Beteiligten, wird natürlich die Unternehmer veranlassen, zum Metallarbeiterverband eine andre Stellung als in den letzten Jahren einzunehmen. Der Verband war zu einem achtunggebietenden, ja für die ganze Gewerkschaftsbewegung ausschlaggebenden Machtfaktor herangewachsen. Die Verschleuderung der zur Verfügung stehenden Mittel aber läßt ihn um ein Erhebliches zurückfallen. Wird aber die größte deutsche gewerkschaftliche Organisation zur Ohnmacht verurteilt, so muß darunter naturgemäß die gesamte Gewerkschaftsbewegung überhaupt schwer leiden.

Aber noch ganz andre Dinge stehen auf dem Spiele. Das gesamte deutsche Arbeitsrecht ist in grundsätzlicher Umwandlung begriffen. Die kommende Stellung der Arbeiterschaft auf dem Arbeitsmarkt wird davon abhängen, welchen Machtfaktor die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften hinter sich hat. Werden die gewerkschaftlichen Organisationen geschwächt, so wird auch das beste gesetzliche Arbeitsrecht nur auf dem Papier stehen. Stehen aber anderseits große, starke, geschlossene und finanziell gutfundierte Gewerkschaften hinter den Arbeitern, so wird umgekehrt selbst das durch die Gesetzgebung am wenigsten gestützte Arbeitsrecht zu einem vollkommenen werden müssen.

Die von den Arbeitern geforderte Sozialisierung geht über den Weg der Entwicklung des Arbeitsrechtes. Je mehr die Gewerkschaft eine Schwächung erfährt, um so mehr wird das Arbeitsrecht zu wünschen übrig lassen und die geforderte Sozialisierung wird immer mehr in die Ferne gerückt. Daraus ergibt sich, daß mehr denn je die Gewerkschaften ihre ganze Kraft zur Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter zusammenhalten müssen.

Das Unternehmertum in der Metallindustrie hat aus der Tatsache des geschlossenen Machtkörpers der Metallarbeiter sehr schnell eine Lehre gezogen. Es hat die dominierende Scharfmacherrichtung zurückgedrängt und an deren Stelle gemäßigtere Unternehmervertreter gesetzt, die sich bemühten, auf dem Wege der Verhandlung ohne Kraftproben zu einer Einigung mit der gewerkschaftlichen Organisation zu kommen. Durch die Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation, wie sie nun bei den Metallarbeitern durch den Berliner Streik eingetreten ist, bekommt aber die Scharfmacherrichtung im Lager der Unternehmer wieder Oberwasser, und das bedeutet für die Zukunft Kampf in verstärktem Maße. Wehe der Arbeitnehmerorganisation, die dann nicht in der Lage ist, den Fehdehandschuh aufzunehmen und die Kämpfe durchzuführen. Eine gewaltige Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter wird und muß die Folge sein.

Aber noch in andrer ungeahnter Weise wird die Scharfmacherrichtung der Unternehmer gestützt werden, wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19191116/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG